

Unregelmäßige Dienstfolge - die Unzufriedenheit wächst

→ auf Seite 3



Schichtmodell Alt/Neu - nach GLB - Unterschriftenliste konnten Speisinger selbst bestimmen

→ Bericht auf Seite 6



EU-Nahverkehrsrichtlinie

→ mehr dazu auf Seite 11



Wasser - der Kampf ums blaue Gold hat längst begonnen.

→ auf Seite 14

Bericht vom Hauptausschuss der Wiener Linien

EU-Nahverkehrsrichtlinie: Der neue Entwurf von EU-Verkehrskommissar Jacques Berrot sieht vor, dass Verkehrsdienstleistungen nicht mehr zwingend ausgeschrieben werden müssen.

Für die Wiener Linien bedeutet das, dass die Gemeinde Wien wie bisher die Linien an die Wiener Linien vergeben kann, ohne diese ausschreiben zu müssen.

Einen ausführlichen Bericht findet ihr in dieser Ausgabe im Artikel EU-Nahverkehrsrichtlinie!

PV-Wahl: Die Personalgruppenausschüsse (PGA) der handwerklichen Verwendung 1 und 2 werden bei der nächsten Wahl zusammengelegt.

Der Grund ist simpel, da der Personalstand bedingt durch die Ausgliederungen schrumpft. Der Personalstand der jeweiligen PGA – Gruppen war:

Verwendung 1/ im Jahr 2002 - 2500 Bedienstete, im Jahr 2005 - ca. 2000 Bedienstete
Verwendungsgruppe 2/ 2002 - 1100 Bedienstete, 2005 nur mehr ca. 500 Bedienstete.

Bericht vom Personalgruppenausschuss – Fahrdienst

Brüche: Kritisiert wurde, dass Brüche schlecht aufgeteilt seien, z.B. eine halbe Tour morgens der Rest nachmittags.

Hier soll mit Absprache der örtlichen PV die Situation verbessert werden, jedoch mit Rücksichtnahme auf den Gesamtplan.

Dienstverlauf: Die Unzufriedenheit unter der Belegschaft im Fahrdienst wächst, die Diensteinteilung wird immer undurchsichtiger, Spätdienste mit am Tag ein Bruch oder am letzten Tag über Mitternacht, einmal um zwölf Uhr und fertig am nächsten Tag um vier Uhr, danach ein Bruch bis halb acht- all das ist heute Realität.

Ausführliches siehe Artikel „Unregelmäßige Dienstfolge - die Unzufriedenheit wächst!“

Defibrillatoren: Der GLB regte an, solche Geräte zur Lebensrettung auch auf den Bahnhöfen und Garagen zu stationieren.

Gespräche sollen mit der Unternehmensleitung darüber geführt werden.

Antrag auf Einführung einer wahlweisen Regelung bei Feiertagen bezüglich finanzieller/zusatzfreier Tage Abgeltung, wurden auf Ende Sommer zurückgestellt, da zurzeit Gespräche für andere Bereiche geführt werden.

Bericht aus dem Betriebsrat-Fahrdienst

U-Bahn: Wie schon im letzten Winker berichtet, nachdem im Bereich der Strecke U4 zwischen Schönbrunn und Meidling immer wieder Gegenstände auf die Gleiskörper geworfen werden und dies eine permanente Gefährdung des Fahrpersonals bedeutet, wurde die Errichtung von 1,80 Meter hohen Schutzgittern entlang der Strecke U4 zwischen Schönbrunn und Meidling **einstimmig** beschlossen.

In den letzten Wochen gab es jedoch ähnliche Vorfälle auch im Bereich Kettenbrückengasse/Margarethengürtel, hier wurden auch Schutzgitter beantragt und **einstimmig** angenommen. Zusätzlich sollen verstärkt Kontrollgänge durchgeführt werden!

Ausbildungsrichtlinie für den Nahverkehr: Aufgrund neuer EU-Richtlinien wird es zu einigen Änderungen im Busbereich kommen.

Lenkerkarte/Digitaler Tachograph: Alle Busse werden in den nächsten Monaten mit digitalen Tachogra-

phen ausgerüstet, der Grund ist die von der EU vorgeschriebene Lenkerkarte.

Die Lenkerkarten kosten 72 € diese Kosten werden vom Unternehmen übernommen!

Nachschulung: Weiters schreibt die EU Nachschulungen von 5 Tagen im Zeitraum von 5 Jahren vor. Diese können tageweise oder auf einmal innerhalb dieses Zeitraums durchgeführt werden.

Lehrfahrer: In den nächsten Monaten werden den Lehrfahrern die aktuellen Lehrbehelfe nachgereicht.

Betriebskrankenkasse: Die Gesundheitstage im Zusammenhang mit der Vorsorgeuntersuchung werden von den Bediensteten gut angenommen. Schon jetzt gibt es nur mehr vereinzelte Termine für 2005, es wird jedoch versucht einige Zusatztermine einzuschieben.

Auch wurde das Angebot ausgeweitet, die Kosten für den Wellnessbereich werden zur Gänze von der BKK übernommen.

U-Bahnstation Südtirolerplatz: Im unübersichtlichen Mittelgang am Bahnsteig soll eine Videoüberwachung installiert werden, der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

TBC: Bis heute wurden 600 Untersuchungen durchgeführt (RAX/FAV) und glücklicherweise gab es keine weitere Erkrankung.

Nachtverkehr: Wie schon berichtet gab es Überlegungen auch die U-Bahnen im Nachtverkehr zu betreiben, dies dürfte auf Grund der hohen Kosten vom Tisch sein.

Fundboxen: Der GLB kritisierte den langen Zeitraum, den das Unternehmen braucht um Fundboxen aufzustellen.

Das Problem soll im Bereich der Verwaltung liegen (Betreuung der BOX), es wurde jedoch zugesagt, dass es nun bald zur Aufstellung kommen soll, auch wenn für die Betreuung noch keine Lösung in Sicht wäre, - man werde dann eben eine Zwischenlösung praktizieren.

Euer  -TEAM

Unregelmäßige Dienstfolge - die Unzufriedenheit wächst!



Die Unzufriedenheit unter der Belegschaft im Fahrdienst wächst, die Diensterteilung wird immer undurchsichtiger. Spätdienste mit am ersten Tag ein Bruch oder am letzten Tag über Mitternacht, einmal um Zwölf fertig am näch-

sten Tag um vier Uhr, danach ein Bruch bis halb acht, all das ist heute Realität.

Die Expeditoren meinen es ist nicht anders möglich, zum einen wegen der Ruhezeitbestimmungen der KV-Bediensteten, zum anderen müssen sie darauf achten, dass jeder Bedienstete seine vorgeschriebenen 160 Stunden auch arbeitet.

Nun ganz so einfach ist die Angelegenheit nicht, die 160 Stunden sind, wenn möglich einzuhalten, jedoch darf dies nicht auf Kosten der Belegschaft gehen, so ist es auch mit der Unternehmensführung vereinbart.

Sollte hier wirklich, wie einige Expeditoren unter der Hand sagen, Druck ausgeübt werden, dass auf jedenfall die 160 Stunden einzuhalten sind, muss die Personalvertretung Maßnahmen dagegen ergreifen!

Vieles ist jedoch auch auf die Unwissenheit vieler Expeditoren zurückzuführen. Speziell wenn es um die Ruhezeitbestimmungen der KV-Bediensteten geht, hier wird immer wieder auf die 11 Stunden Ruhezeit verwiesen die einzuhalten sind, doch so ist dies nicht richtig.

Es ist sehr wohl möglich, die Ruhezeit einmal in der Woche auf bis zu acht Stunden zu reduzieren, praktiziert wird es von den Expeditoren jedoch kaum, somit sind unregelmäßige Dienste vorprogrammiert.

Der GLB hat dieses Thema im Personalgruppenausschuss und Betriebsrat zur Sprache gebracht und das Problem wurde auch von vielen FSG-Personalvertretern bestätigt.

Der Vorsitzende Karl Kaiser stellte klar, dass dies so nicht vereinbart gewesen wäre, ein wildes hin und her springen in der Dienstfolge dürfte nicht sein, auch könnten Minusstunden - so sei es vereinbart, jederzeit vom Expeditor begründet werden!

Der GLB forderte nachdrücklich, noch einmal Gespräche mit der Unternehmensleitung zu führen, auch sollten die Expeditoren bezüglich gesetzlicher Regelungen besser geschult bzw. informiert werden!

Dienstvorschau auf bis zu vier Wochen soll kommen, zurzeit wird immer noch das Programm getestet und verzögert sich dadurch weiter.

Ob es funktioniert, ob sich der Dienstablauf verbessert, darauf warten viele gespannt. Der GLB lässt sich gerne positiv überraschen.

Euer Kollege
Roman Böhm-Raffay
BR-Fahrdienst



Anträge des GLB an die 142. Vollversammlung der AK.

Alle Anträge wurden an die zuständigen Ausschüsse zugewiesen.
Wir werden weiter berichten.

1. Antrag

Die Vollversammlung der AK Wien fordert die Bundesregierung zur Reformierung des Krankengeldbezuges auf, um bei Langzeitkrankenständen/Rehab die ArbeitnehmerInnen auch dahingehend abzusichern.

Begründung:

Jene ArbeitnehmerInnen, die in einen aufrechten Dienstverhältnis stehen, jedoch durch Krankheit/Unfall einen langwierigen Genesungsprozess haben, fallen unweigerlich durch das soziale Netz, da sie nach 12 Monaten keinerlei Anspruch auf Krankengeld und auf Grund des aufrechten Dienstverhältnisses keinen Anspruch auf Arbeitslosen- bzw. Notstandshilfe haben.

2. Antrag

Die Vollversammlung der AK Wien fordert die Bundesregierung, ,Gemeinden und Länder auf, Alters- Arbeitszeitmodelle einzuführen.

Begründung:

Nach der Einführung der unsozialen Pensionsreform 2003, der Pensionsharmonisierung und den damit verbundenen Pensionsantrittsalter von 65 Jahren, sehen wir es als besonders dringlich an, hier Arbeitszeitmodelle zu schaffen.

1. Ein besonderes Augenmerk sollte auf jene Bereiche gelegt werden, wo ArbeitnehmerInnen aufgrund ihres Alters und den damit verbundenen Lohnkosten vorzeitig gekündigt werden.
2. ArbeitnehmerInnen aufgrund vorschreitenden Alters, können ihre Tätigkeit nur mehr bedingt ausüben und sind daher nicht mehr voll einsetzbar.

3. Antrag

Die Vollversammlung der AK Wien fordert die Stadt Wien und die Bundesregierung auf, jenen ArbeiterInnen/Bedienste die permanent in Schicht- bzw. Wechseldienst arbeiten, verstärkt in der Schwerstarbeiterregelung zu berücksichtigen.

Begründung:

Unregelmäßige Schlafzeiten und die damit verbundenen körperlichen Belastungen sind extrem gesundheitsschädlich und wirken sich vor allem im zunehmenden Alter auf den Allgemeinzustand der Betroffenen aus.

Das wird ausreichend durch unzählige Gutachten belegt.

4. Antrag

Die Vollversammlung der AK Wien fordert die Bundesregierung zur Reformierung des Krankengeldbezuges auf, um bei Langzeitkrankenständen/Rehab die ArbeitnehmerInnen auch dahingehend abzusichern.

Begründung:

Jene ArbeitnehmerInnen, die in einen aufrechten Dienstverhältnis stehen, jedoch durch Krankheit/Unfall einen langwierigen Genesungsprozess haben, fallen unweigerlich durch das soziale Netz, da sie nach 12 Monaten keinerlei Anspruch auf Krankengeld und auf Grund des aufrechten Dienstverhältnisses keinen Anspruch auf Arbeitslosen- bzw. Notstandshilfe haben.

5.Antrag

Die Vollversammlung der AK Wien fordert die Bundesregierung und den ÖGB auf, weitere Flexibilisierungsschritte im Bereich der Arbeitszeit abzulehnen.

Begründung:

Die Argumente bzgl. flexibler Arbeitszeit der Wirtschaft können nur als scheinheilig betrachtet werden und dienen grossteil nur der Gewinnmaximierung.

Flexible Arbeitszeiten bedeuten für ArbeitnehmerInnen massive Einbussen der Lebensqualität und des Familienlebens bzw. Gesellschaftlichen Lebens.

Besorgniserregend ist die hohe Zahl von flexiblen Arbeitszeiten in vielen Kollektivverträgen. Hier sollten grundlegende Regelungen geschaffen werden um ein weiteres Ausufern und Einführung der flexiblen Arbeitszeit durch die Hintertür zu verhindern.

6.Antrag

Die bestehende Gesetzeslage ist insofern abzuändern, dass Pflegeurlaube bzw. Pflegefreistellungen künftig nicht mehr zeitlich limitiert werden, sondern nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden müssen.

Begründung:

Die Anzahl der ganztätig berufstätigen AlleinerzieherInnen wächst ständig. Auch wenn in Wien ein überdurchschnittlich großes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen besteht, kommt es im Krankheitsfall zu Problemen. Speziell bei Kleinkindern muss davon ausgegangen werden, dass pro Jahr deutlich mehr als eine Erkrankung mit Pflegebedürftigkeit auftritt.

7.Antrag

Die 142. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien soll beschließen, dass die derzeitigen Tätigkeiten als Triebfahrzeugführer, Straßenbahnfahrer und U-Bahnfahrer als Lehrberufe anerkannt werden und ein Arbeitskreis zur Erreichung dieses Zieles eingerichtet wird.

Begründung:

Zurzeit ist es üblich, immer mehr in Einzelverträge einzugreifen, wodurch die dienstrechtlichen Schutzmaßnahmen – wie Kündigungsschutz – ausgehöhlt werden. Um die Beschäftigten bei bevorstehenden möglichen Kündigungen oder berufsbedingten Erkrankungen nicht schutzlos dem freien Arbeitsmarkt oder eventuellen Pensionseinbussen auszuliefern ist es notwendig, branchenspezifische Tätigkeiten mittels Berufsanerkennung abzusichern.

Schichtmodell ALT/NEU



Die Abstimmung ob das neue Dreischichtmodell(früh/mittel/spät) beibehalten bzw. das alte Schichtsystem (früh/spät) wieder eingeführt wird, fand am, **Montag 9. Mai und Donnerstag 12. Mai. am Bahnhof Speising** statt. Die Abstimmung war geheim und ganztägig.

Zur Erinnerung - seit Anfang September wird in Speising ein neues Schichtsystem für den Fahrdienst erprobt. Statt den bisherigen Früh- und Spätdienst wurde auf Früh- Mittel- und Spätdienst umgestellt, im neuen Mitteldienst würden vorrangig Tagdienste und Brecherdienste vergeben.

Bedauerlich war wieder mal die Vorgangsweise der FSG. Die Bediensteten des Bahnhofs Speising wurden erst sehr spät darüber informiert und jegliche Mitbestimmung wurde ihnen verweigert!

Obwohl das neue Schichtsystem als Probebetrieb definiert war, weigerte sich die FSG nach dem Probebetrieb eine Abstimmung unter den Bediensteten durchzuführen, ob sie nun das neue oder wieder das alte Schichtsystem bevorzugen.

Grundtenor der FSG – „**Man sei gewählt und bestimme, eine Abstimmung komme gar nicht in Frage.**“

Der GLB konnte sich mit dieser Einstellung nicht abfinden und begann mit der Sammlung von Unterschriften, zur Einberufung einer außerordentlichen Dienststellenvollversammlung, wo der Antrag gestellt werden soll,

dass nach einem Probebetrieb auch eine verpflichtende Abstimmung abgehalten werden muss!

Zur Einberufung einer außerordentlichen Dienststellenvollversammlung sind laut PV-Gesetz die Unterschriften von ¼ der Belegschaft einer Dienststelle notwendig. Wird diese Anzahl erreicht, ist der Dienststellenausschuss verpflichtet,

innerhalb einer Woche diese abzuhalten!

Die überwältigende Mehrheit der Bediensteten des Bahnhofs Speising unterschrieb, wobei es den meisten Bediensteten nicht darum ging etwas zu verhindern, son-

dern sie wollten einfach selbst entscheiden nach welchem System sie in Zukunft ihren Dienst verrichten müssen!

Als die FSG-Personalvertretung nun merkte, dass sie diesmal nicht einfach über den Willen der Belegschaft darüberfahren konnten und bei einer Dienststellenversammlung einfach überstimmt würden, begann eine bemerkenswerte Wandlung!

Bei einer Infoveranstaltung in Speising war plötzlich keine Rede mehr davon, dass man keine Abstimmung wollte,-

sondern man wollte die Bediensteten in Speising nicht überfordern, denn die Materie sei einfach zu kompliziert – Aha, und weiters sei ja der Probebetrieb viel zu kurz um sich wirklich eine Meinung zu bilden!

Der Kompromiss, der auf Wunsch der Belegschaft nun vereinbart wurde sieht folgendermaßen aus – **ein sechsmonatiger Probebetrieb, danach eine geheime Abstimmung ob die KollegenInnen wieder das alte oder das neue Schichtsystem wollen.**

Dieser Erfolg ist einzig und allein den mutigen KollegenInnen vom Bahnhof Speising zuzuschreiben und kann beispielgebend für alle Dienststellen der Wiener Linien sein, da es abzusehen ist, dass dieses neue System auch auf den anderen Dienststellen eingeführt werden wird!

Das Ergebnis der Abstimmung lautet:

Abgegebene Stimmen: 83

Dreischichtmodell(Früh/Mittel/Spät): 36 - Schichtsystem (Früh/Spät): 45

Ungültig: 2

Nachdem eine Mehrheit für die Wiedereinführung des alten Schichtsystems gestimmt hat, wird das alte 2 Schichtsystem mit dem Sommerplan wieder eingeführt!

Der GLB sieht das Ergebnis als zweitrangig an, wichtig ist, dass bei solchen Entscheidungen die Belegschaft nicht übergangen wird sondern mitbestimmen kann,

- denn das ist gelebte Demokratie!



Euer Kollege

Roman Böhm-Raffay

Die vergessenen Dienststellen

Alles wiederholt sich, viele Versprechungen wurden gemacht, doch gehalten wurden die Wenigsten.

Zusammenlegung der Dienststellen- ist die Devise der Wiener Linien und das Karussell begann sich zu drehen.

Es begann mit FAV und Simmering und weiter ging es mit Breitensee/Ottakring in Kürze folgt Speising/Rudolfsheim und ein Ende ist nicht in Sicht.

Geht es nach der Unternehmensführung, wird es in der Endstufe nur noch einige so genannte Großcluster geben (z.B. Ottakring/Speis./Rdh./Breits.)

Besucht man diese ehemaligen Dienststellen, die nur noch Dependancen sind, bekommt man einiges zu hören.

„Es bleibt eh alles beim Alten“ und „Ihr müsst euch keine Sorgen machen“, war wie üblich der Spruch der FSG und wie immer, kurze Zeit später, wusste keiner, auch nur mehr das geringste davon.

Die Kollegen fühlen sich zu Recht mit ihren Problemen alleine gelassen und schlecht betreut, denn „bei uns zeigen sie sich kaum noch, die Personalvertreter“.

Früher bin i nur auf unseren Linien g'fohrn, heute darf i überall fohr'n, brauch

Man
mß
sparn,
wo
mn
knn.

i wos, muss i immer umme for'n, die Dienste san schei..., mir san erhna wurscht, usw....bekommt man zu hören.

Die Verschlechterungen sind unbestreitbar. Einer der Gründe ist das fehlen von Ansprechpartnern, denn nach

Auflösung einer Dienststelle löst sich klarerweise auch die dortige Personalvertretung auf, die Vorort bis dato die Probleme und Interessen der Dienststelle vertreten hat.

Nun könnte man ja sagen, ein Teil der PV sind ja auch im neuen Dienststellenausschuss vertreten, - das ist richtig - aber eben nur ein Teil und logischerweise fallen die Entscheidungen nicht mehr auf der eigenen Dienststelle, sondern auf der Hauptdienststelle.



Für das Unternehmen ist vordergründig nur die Einsparung wichtig, die Zufriedenheit der Bediensteten ist eher zweitrangig.

Es ist ja recht angenehm, wenn Dutzende Dienstposten eingespart werden können und der Fahrdienst in Zukunft fast unbegrenzt Wienweit eingesetzt werden kann.

Hier wäre ein großes Aufgabengebiet der Personalvertretungen gewesen, doch man hat es verabsäumt oder war eher desinteressiert bessere Bedingungen auszuhandeln.

Viele Bedienstete meinen, dass die FSG-PV sehr wohl gekämpft haben, aber halt nur dort wo es um ihre eigenen Interessen ging (Posten, Freistellungen, ect..).

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es sehr wohl möglich ist sich für seine Rechte einzusetzen. Die Unterschriftenliste, die viele Bedienstete des Fahrdienstes unterschrieben haben brachte schon die ersten spürbare Erfolge, gegen eine arrogante FSG-Personalvertretung.

Euer **GLB** -TEAM

W i n k e r
Brief an Gusenbauer

- ich schätze, da erübrigt sich jedes Kommentar...

Gerhard Haupt <gerhard.haupt@xxxxxx> schrieb:
Betrifft: EU-Verfassung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wenn die SPÖ am Mittwoch einer Ratifizierung der EU-Verfassung ohne entsprechender Volksabstimmung zustimmt, werden Sie als einer jener Politiker in die Geschichte eingehen, der nicht nur die Wurzeln seiner Partei verleugnet, sondern die Freiheit Österreichs ein zweites Mal verraten hat. Wollen Sie das wirklich?

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Haupt

Stellvertr. Vors. GLB/GdG

E-mail: gerhard.haupt@xxxxxx

Antwort:

Von: Doris Bures [mailto:doris.bures@spoe.at]
Gesendet: Dienstag, 10. Mai 2005 16:11
An: Haupt Gerhard
Betreff: Re: Kontaktformular - Dr. Alfred G [...]

Sehr geehrter Herr Haupt!

Vielen Dank für Ihre E-Mail an Bundesparteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer, mit dem Sie für die Abhaltung einer Volksabstimmung über die EU-Verfassung eintreten. Er hat mich gebeten Ihnen zu antworten. Ich freue mich, dass Sie so engagiert an der Politik teilnehmen und sich auch nicht davor scheuen, direkt mit Ihren Abgeordneten Kontakt aufzunehmen.

Allerdings teile ich nicht Ihre Auffassung, dass über den Vertrag für die Europäische Verfassung eine Volksabstimmung in Österreich erforderlich ist. Zunächst ist unserer Auffassung nach eine Volksabstimmung verfassungsrechtlich nicht geboten, weil es sich um keine Gesamtänderung der österreichischen Bundesverfassung handelt. Univ.-Prof. Dr. Stefan Griller hat dies folgendermaßen begründet: Die EU-Verfassung bringt substantiell nichts Neues, auch der Vorrang des EU-Rechts vor dem nationalen Verfassungsrecht ergibt sich schon jetzt aus der Rechtsprechung des EuGH, wie sie Österreich mit dem Beitritt zur EU als Rechtsbestand akzeptiert hat. Nichts anderes wird mit der Verfassung festgeschrieben, die Protokollanmerkung zu diesem Art. I-6 (in der konsolidierten Fassung) hält dies auch ausdrücklich fest. Insofern ändert die EU-Verfassung nichts am Rang europäischen Rechts gegenüber dem österreichischen Verfassungsrecht. Ähnliches gilt für die Ausweitung unmittelbar anwendbaren EU-Rechts auf die zweite und dritte Säule, die qualitativ nichts Neues bringt.

Aber auch aus rein politischen Gründen halte ich die Abhaltung einer Volksabstimmung nur in Österreich auch für nicht erforderlich. Volksabstimmungen sollte man nur über wirklich grundsätzliche politische Fragen abhalten. Angesichts dessen, dass die EU-Verfassung vor allem eine Kodifikation des EU-Rechts und vereinfachte politische Entscheidungsstrukturen bringt, ist diese Voraussetzung nicht gegeben. Zwar hielte ich eine gesamteuropäische Volksabstimmung für sehr wünschenswert, damit einmal alle europäischen Völker sich eine gemeinsame Verfassung geben und so eine gesamteuropäische Verfassungsentwicklung eingeleitet wird. Leider sieht dies aber das Europarecht noch nicht vor. Die SPÖ dringt aber darauf, dass die Regierung endlich Initiativen innerhalb der EU in diese Richtung setzt.

Ich hoffe, Sie können meine Position verstehen, auch wenn Sie selbst weiterhin eine andere Auffassung vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Bures
SPÖ-Bundesgeschäftsführerin

SPÖ-Bundesgeschäftsstelle
Tel.: 01/53427-0, Hotline: 0810 810 211, Fax: 01/53427-1500
mailto: spoe@spoe.at, web: http://www.spoe.at
Postanschrift:
Löwelstraße 18
1014 Wien

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Viel ist in den letzten Monaten über dieses Thema gesprochen worden, nachdem Teile der Wirtschaft dies vehement gefordert hatten.

Man forderte eine Erhöhung der gesetzlichen Normalarbeitszeit von acht auf zehn Stunden, zusätzlich forderte man eine längere Durchrechnung der Überstunden.

Die Argumente der Wirtschaft sind, -Flexibilität sei zur besseren Auslastung der Betriebe notwendig, Konkurrenzfähigkeit gegenüber Billiglohnländern und es könnten dadurch bis zu 20 000 neue Jobs geschaffen werden, denn so die Wirtschaft, billigere Arbeitskräfte macht die Betriebe konkurrenzfähiger und das erhöht die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen!

Lohndumpingschmäh

Selbst Wirtschaftsexperten bezweifeln diese Argumente und errechneten, sollten diese Forderungen umgesetzt werden, hätte dies nur magere 0,1% Wirtschaftswachstum zu Folge.

Flexibilisierung hat noch keinen Arbeitsplatz geschaffen - stellten Experten der AK und des Wirtschaftsforschungsinstituts fest, sie hätte jedoch massive Auswirkungen auf das Lohnniveau, die Arbeitsbedingungen und die Freizeit.

Arbeiter müssten dann arbeiten wenn Auftragsspitzen sind und könnten dazu angehalten werden Überstunden zu leisten, diese müssten nämlich nicht mehr extra bezahlt werden, dies würde auch jene Arbeiter treffen die bisher keine Überstunden leisteten!

Gewinnmaximierung auf Kosten der Arbeiter

Die Perversion der Wirtschaft, die unter dem Deckmantel der Globalisierung und der damit verbundenen Einsparungsnotwendigkeit das Lohnniveau permanent drückt und gleichzeitig Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert, wird selbst von uns Arbeitnehmern kaum noch wahrgenom-

men, außer wenn es einem selber trifft.

Bespiele gibt es zur Genüge, noch vor wenigen Jahrzehnten wurden Unternehmen daran bewertet ob sie positiv bilanzieren oder nicht, heute, ob sie die Gewinnerwartungen auch erfüllt haben!

Gibt heute ein Betrieb eine Gewinnwahrung heraus, fällt der Aktienkurs und das obwohl das Unternehmen einen Gewinn erwirtschaftet hat!

Unternehmen die Jahr für Jahr stolz Rekordgewinne vermelden, kündigen im gleichen Atemzug an, weitere Rationalisierungen (Kündigungen) durchführen zu wollen um den Gewinn weiter steigern zu können!

Geld und Gewinn, - der Gott den wir alle huldigen

Die Gesellschaft und die Werte haben sich radikal verändert und selbst wir Arbeiter sind darin integriert. Jene von uns, die ihre Ersparnisse in Aktien, Fonds, Gold oder auf einen Sparbuch gelegt haben erwarten einen Gewinn und der sollte jedes Jahr ein wenig höher ausfallen und somit sind auch wir ein Teil dieses globalen Spieles.

Die Rolle der Gewerkschaften

Habt ihr es noch in Erinnerung? Groß war die Entrüstung des ÖGB als die Wirtschaft ihre Forderungen stellte, Lohnraub, massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wurde vom ÖGB gebrüllt und man werde sich dagegen wehren, dies sei eine Aufgabe der Sozialpartner und nicht des Gesetzgebers.

Die von den Sozialdemokraten dominierten Gewerkschaften haben in Wahrheit nichts gegen Flexibilisierung und Durchrechnung der Überstunden/Arbeitszeit, sie sind nur entrüstet, weil über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde.

Über 170 Kollektivverträge mit Regelungen über Flexibilisierung

Man glaubt es kaum, nach Angaben der AK sind über 170 KV mit flexiblen Arbeitszeitregeln ausgestattet.

Ein gutes Beispiel, welche negativen Auswirkungen solche Regelungen haben zeigt der Kollektivvertrag der Wiener Linien.

Wiener Linien ein Musterbeispiel

Als die ersten Details des KV der zukünftigen Mitarbeiter bekannt wurden, lehnte der GLB diesen kategorisch ab. Zum einen war nicht zu akzeptieren das zukünftige Bedienstete schlechtere Arbeitsbedingungen und geringeren Lohn haben sollten, zum anderen warnte der GLB eindringlich davor, welche Auswirkungen das auf unsere Altbediensteten haben würde! Die FSG wusste wieder einmal alles besser und heute dürfen unsere Bediensteten die Suppe auslöffeln, die ihnen eingebrockt wurde!

Sind gewerkschaftliche Ideale verloren gegangen?

Die 35 Stundenwoche, bis vor wenigen Jahren noch ein erklärtes Ziel des ÖGB, ist heute kein Thema mehr, im Gegenteil, in vielen Bereichen arbeiten Arbeiter 50 Stunden und mehr!

Sozialdumping mit freundlicher Unterstützung der FSG-Gewerkschaften

Viele soziale Errungenschaften sind heute schon Geschichte, es gibt zu viele Kompromisse und es fehlen klare Standpunkte.

Man beschwört den Geist der Sozialpartnerschaft und klammert sich an diesen und verweist stolz auf die geringe Streikstatistik.

Die von den Gewerkschaften perfektionierte Nachgebetaktik lässt befürchten, dass in den nächsten Jahren Durchrechnung der Arbeitszeit, Überstunden, Sonntagsarbeit usw., Normalzustand sind!



Euer Kollege
Roman Böhm-Raffay

Der genervte Fahrer“

Eins, zwei, drei,...die Nacht vorbei,
schrill der Ton vom Wecker kling,
der Fahrer in die Wäsche springt,
und jeden Tag das gleiche Spiel,
dem Fahrer dieses wird zuviel.

Gestresst, genervt und mit viel Müh,
soviel Arbeit in der Früh.

Zum Expediter laut und klar,...
60/1 ist da,
oh Stress, oh Graus,
i fohr glei aus.

Schnell zum Wagen,
rucki ,zucki.....
nur nicht plagen,
sonst schmerzen die Mucki.

I fahr die erste Tour
ganz cool und lässig,
doch nun die Fahrgäst' werden lästig.
Mit Fragen und sekkieren.....
Mensch i könnt sie olle wirg'n.....
Manch Autofahrer a so deppert,
deswegen es am Tag oft scheppert.

Ah wos!

Des bringt uns ois net weiter, ab
heute, nehma ollas heiter,
weil "WIR FOHRER" denken weiter.

In diesen Sinne
Eure Fini



EU-Nahverkehrsrichtlinie

Warum wurden die Wiener Linien ausgliedert?

Zum besseren Verständnis, - sämtliche Verschlechterungen der letzten Jahre (Ausgliederung, Kollektivvertrag für Neubedienstete, DBV-neu) sind zurückzuführen auf Regelungen der EU, die unter dem Schlagwort „Liberalisierung und freier Marktzugang“



allen hinlänglich bekannt sind.

Die geplante Nahverkehrsverordnung der EU sah vor das künftig Verkehrsleistungen ausgeschrieben werden müssen. Das

hätte zur Folge gehabt, dass die Gemeinde Wien jede Linie ausschreiben hätte müssen.

Sie hätte als Auftraggeber Kriterien festlegen können, - wie zum Beispiel Flüssiggasantrieb-, hätten dann mehrere Interessenten diese Anforderung erfüllt, bekäme der Bestbieter den Zuschlag. Vor allem in Frankreich und Deutschland wurden Bedenken geäußert, dass eine völlige Liberalisierung erhebliche Nachteile nach sich ziehen würde.

Hier wurden besonders die Verkehrverbünde betroffen sein, die bei einer Vielzahl von Anbietern kaum weiter bestehen könnten.



Nahverkehrsrichtlinie - NEU - Der neue Entwurf von EU-Verkehrskommissar Jacques Berrot sieht vor, dass Verkehrsdienstleistungen nicht mehr zwingend ausgeschrieben werden müssen.

Für die Wiener Linien bedeutet das, die Gemeinde Wien kann wie bisher die Linien an die Wiener Linien vergeben, ohne diese ausschreiben zu müssen.

Allerdings muss die Gemeinde Wien dabei strikte Regeln einhalten, so darf die Abgeltung der Verkehrsdienstleistung, die entstandenen Kosten zuzüglich eines entstandenen Gewinnes nicht übersteigen.

Zudem gibt es eine zeitliche Beschränkung der Verträge, - für Busbereiche acht Jahre und für Bim 15 Jahre, weiters dürften die Verkehrsbetriebe an keiner Ausschreibung außerhalb der jeweiligen Stadt teilnehmen.

Konkret bedeutet das für die Wiener Linien und die Gemeinde Wien, sie müssten nur alle 8 bzw. 15 Jahre einen neuen Vertrag abschließen.

Warum Ausgliederung – Warum KV für Neubedienstete – Warum DBV-NEU ?

Nun könnte man natürlich sagen, das Damoklesschwert hing über den Wiener Linien und es war besser jetzt zu reagieren als abzuwarten und vielleicht zu spät zu reagieren.

Der GLB war gegen eine Ausgliederung und gegen die DBV-neu und der GLB sprach sich strikt dagegen aus, dass zukünftige Bedienstete nur noch nach KV aufgenommen werden sollten.

Die FSG – Personalvertretung willigte jedoch zu allem ein und verteidigte die Maßnahmen vehement.

Den Bediensteten wurden bewusst Horrorszenarien beschrieben um sie ruhig zu halten, vom Kauf von großen internationalen Verkehrsunternehmen war die Rede, bis hin zur völligen Zerschlagung der Wiener Linien!

Ausgliederung – Man müsse der Ausgliederung zustimmen, jedoch die Rechte der Altbediensteten werden nicht angetastet – „Für Euch bleibt alles beim Alten“ sagte der damalige FSG-Vorsitzende Simanov – Der GLB wurde von ihm als Unruhestifter und Lügner bezeichnet!

Kollektivvertrag – Am Kollektivvertrag führe kein Weg vorbei, jedoch „für die Altbediensteten bleibe eh alles beim Alten“, sagte der jetzige FSG-Vorsitzende Kaiser - der GLB wurde auch von ihm als Unruhestifter und Lügner bezeichnet!

DBV-neu – Sie wurde vehement verteidigt und als unbedingt notwendig bezeichnet, sonst könnte es vor allem im Busbereich zu Entlassungen kommen.

Einwände und Proteste der anderen Fraktionen wurden zur Seite gewischt und man peitschte sie mit der eigenen Mehrheit durch. Selbst als man sah, welche Auswirkungen die DBV-neu für unsere Bedienstete hatte, war die FSG nicht zu Abänderungen bereit.

Bedienstete zwingen FSG

– Eigentlich ist es ja grotesk, wenn die eigenen Mitglieder ihre Vertreter dazu zwingen müssen, ihr eigenes Machtwerk nachzuverhandeln, denn vorher war die FSG nicht bereit, Änderungen zuzustimmen.



Rückwirkend kann gesagt werden, viele so genannte notwendige Maßnahmen wurden übereilt beschlossen, leider sind diese kaum mehr rückgängig zu machen!

Euer Kollege
Roman Böhm-Raffay
PV/BR-Fahrdienst

Winker GLB – Reisen

Vorschau 2006

Liebe KollegenInnen auch 2006 wollen wir Euch ein interessantes Reiseprogramm anbieten!

Rundreise (12 Nächte) Guatemala/Honduras/Mexiko (Badeaufenthalt 7 Nächte)

Reisetermin Ende Jänner/Anfang Februar 2006

Den genauen Termin/Preis erfährt ihr in der nächsten Winkerausgabe!



Reiseverlauf: Flug nach Guatemala City - Antigua – Panajachel (Atitlán See) – Copán (Honduras) – Rio Dulce - Flores – Tikal– Flores - Cancun – Playa del Carmen (Mexico Ausflüge: Chichen Itza, Tulum , Coba)



Da unsere Teilnehmeranzahl begrenzt ist, können sich Interessenten schon jetzt kostenlos voranmelden! (Infomaterial wird zugesandt!)



Philippinen - Boracay Abflüge MON/MIT/FR

15 Tage Grundpaket

DZ 1 350 € EZ 1 550 € Verl. Woche DZ 120 € EZ 240 €

Inkludierte Leistungen: Übernachtung, **Sicherheitstaxen**, Transfers.

Nicht inkludiert: lediglich Visum und Mahlzeiten, Startgebühren ca. 8 €, Flugbenzinzuschläge



Boracay ist eine von 7.107 Inseln der Philippinen. Boracay ist inzwischen zum Touristenziel Nr. 1 der Philippinen geworden und zieht Besucher aus aller Welt an. Der schönste Teil der Insel ist der knapp sieben Kilometer lange White Beach, der von den Einheimischen auch Long Beach genannt wird. Neben den etwa 20 Tauchschulen, unzähligen Restaurants und Bars gibt es auch mehrere Discos. Das Freizeitangebot reicht vom Tauchen, Segeln, Surfen, Jet-Ski, Beach-Volleyball bis hin zu Golfspielen, Motorradtouren, usw...

Zimmer: Die Hotelanlage ist direkt am Strand mit Swimmingpool, die Zimmer sind, geschmackvoll und sauber mit Terrasse. Alle Zimmer mit Badezimmer/WC, AC, TV und Heißwasser.

INFO

Jene Bediensteten, die Interesse an einer GLB-Rundreise haben, jedoch wissen wollen wie sie organisiert bzw. der Ablauf ist, oder sich einfach nur über Länder die wir schon besucht haben informieren wollen, können folgende DVD bestellen.

DVD Burma/GOA – DVD Vietnam - DVD Boracay Preis 3 €

Anfragen/Anmeldungen bei Betriebsrat Böhm-Raffay Tel. 0664 15 17 922

Mail: roman.boehm-raffay@chello.at

GLB-Büro Tel 407 69 36 / Mail: glb-gemeinde@aon.at

BIKER on the Road



Nach einer langen Winterpause war es wiedermal soweit, 16 Biker trafen sich beim vereinbarten Treffpunkt. Da das Wetter in der Wachau an diesem Tag nicht gerade Motorrad freundlich war, fuhren wir kurz entschlossen Richtung Süden, der Sonne hinterher.

Über die B17 – Triesterstrasse > Wr. Neudorf > Baden > Wr. Neustadt > Semmering > Pfaffensattel > Rettenegg > Wenigzell (Buchtelbar)

Der Wettergott zeigte sich gütig , zwar war es etwas frisch, aber nicht nass und er lies uns den ganzen Tag im Trockenen fahren,- die ganzen geleisteten 300km!

Nach dem Mittagessen (mit Riesen Buchteln) ging es durchs Joglland wieder zurück Richtung Wien!

Bikergruß Eure Fini



Wasser – Der Kampf ums blaue Gold hat schon lange begonnen



Wasser kann nicht beliebig hergestellt oder ersetzt werden und je knapper es wird, desto größer sind die Gewinnaussichten. Der Kampf ums Wasser hat schon lange begonnen und die Sieger und Verlierer stehen auch schon fest: Die Gewinner sind die großen Wasserm monopolisten wie Vivendi, Nestle, Suez-Lyonnais-

se, RWE uws.. – die Verlierer sind die Bewohner der dritten Welt und die Konsumenten der Industriestaaten. Wasser ist lebensnotwendig, genau aus diesem Grund war die Grundversorgung mit Wasser lange dem Zugriff der Konzerne entzogen. Das hat sich aber im letzten Jahrzehnt gründlich geändert. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) zwangen viele Drittland-Metropolen ihre Wasserversorgung zu privatisieren. Die Folgen sind verheerend!

Beispiel Manila

Mitte der 90er Jahre versprach Präsident Fidel Ramos eine „verlässliche Wasserversorgung“, als er gemeinsam mit der Weltbank Tochter IFC die Privatisierung der Wasserversorgung auf den Philippinen startete.

Die Privaten versprachen stabile Wasserpreise, bessere Versorgung und Investitionen von 7,5 Mrd. US Dollar.

Wie nicht anders zu erwarten, kam es ganz anders: Der Wasserpreis verdoppelte sich für die Bevölkerung auf dramatische und lebensbedrohende Ausmaße, das Wasser ist schlecht – Cholera ist die Folge und die Zahl der Arbeiter im „Wassersektor“ reduzierte sich fast um ein Drittel.

„Gutes und reines Wasser“ können sich nur die Reichen leisten!

Auch in Tschechien stiegen die Preise für privatisiertes Wasser innerhalb von nur 3 Jahren auf 100,7 %.



Dieselbe Privatisierungswelle rollt auch durch Frankreich, England und Deutschland. Aus Wasserhähnen in Berlin, Rostock und vielen anderen Städten fließt Privatwasser. Dass private Leistungen kein Garant für billige Preise und eine gute Qualität sind zeigen Beispiele aus diesen Ländern.

Die Privaten sind nur auf Profit ausgerichtet und schrauben ihre Investitionen rapid zurück. Die Instandhaltung und Erhaltung von Wasserreservoirien und Leitungsnetzen ist uninteressant. Was zählt ist nur der maximale Gewinn!!!

Die EU (und damit auch Österreich) hat im Rahmen der GATS - Verhandlungen, von 72 Staaten die Öffnung ihrer Wasser- und Abwasserversorgung gefordert. Diese katastrophale Politik der EU hat für Österreich dramatische Konsequenzen: Österreich fordert als EU-Mitglied zwar die Öffnung der Wassermärkte in anderen Ländern, versichert aber gleichzeitig, dass dies im eigenen

Land nicht passieren wird?!

Das ist völlig ungläubwürdig und würde heißen, dass verbesserte Geschäftsmöglichkeiten für europäische Wassermulikonzerne entweder durch Zugeständnisse in anderen Bereichen erkaufte, oder aber die Wasserversorgung der EU-Staaten muss auch privatisiert werden.

Wasser als unersetzbares Lebensmittel wird auf diesen Weg zu einer gewöhnlichen Handelsware gestempelt und der Zugang zu sauberen

Wasser wird dem freien Markt überlassen. Ein Gruselszenario mit vielen Verlierern und einer Handvoll Gewinnern. Soweit darf es bei uns nicht kommen, weil wir dankbar und stolz auf unser Wasser sind – hoffentlich weiß das auch unsere Regierung zu schätzen!

Eure Fini

BZÖ - Jörg Haider und wie es jetzt weiter geht!



Wenn man Jörg Haider heute betrachtet, merkt man, er ist nicht mehr derselbe wie vor 5 Jahren! Wo bleibt er denn, der Strahlemann von einst?

Herr und Frau Österreicher waren es gewohnt, Jörg Haider durch die österreichische Politlandschaft wüten zu sehen und dabei war ihm kein Scherz zu schlecht und kein Argument zu billig, um niedrigste Instinkte zu wecken und zu mobilisieren.

Der Kampf aber, den Jörg Haider zur Zeit führt, ist der Kampf um sein politisches Überleben. Als er 1986, Norbert Steger auf dem legendären Innsbrucker Parteitag wegputschte und die FPÖ von 4,98 % auf enorme 28 % katapultierte, zog er alle Register. Doch es ist leichter aus der Opposition heraus zu klaffen als Regierungsmitglied zu sein. Denn nun, nach 5 orientierungslosen Regierungsjahren, nachdem er dem besiegten Schüssel dazu verhalf Kanzler zu werden und der seinerseits den Kanzlermacher rigoros zur Seite fegte, kommt die FPÖ der 4 % Marke wieder wohlthuend nahe.

Der Grund für den Absturz war sicher auch der, dass die wichtigsten Ministerien mit Schüssels Leuten besetzt wurden und loyale MitarbeiterInnen Haider plötzlich erwachsen und aufmüpfig wurden. Die Rechnung für die Palastrevolte wurde Haider dann von den Wählern präsentiert – die FPÖ stürzte von einer Wahlniederlage in die nächste.

Dass Haider nun seinen totalen Untergang unter allen Umständen verhindern will, liegt auf der Hand und das zwingt ihn auch dazu, wieder einmal „wieder zu kommen“ – diesmal in „ORANGE“ mit der BZÖ – Bündnis Zukunft Österreich!

...und diesmal traut er sich wirklich! Damals beim Knittelfelder Putsch, als er die Gelegenheit hatte, machte er einen Rückzieher, weil Kärnten ja angeblich nicht auf ihn verzichten konnte. So weit so schön, plötzlich kann Haider Vorsitzender der BZÖ und gleichzeitig Kärntner Landeshauptmann sein?

Dass Haider wie Phönix aus der Asche wiederaufstehen wird war klar und das „Wie“ kam nicht wirklich überraschend.

Fast wie in alten Zeiten fegte er seine ultrarechten Weggefährten und Zeitgenossen, die er groß werden ließ, zur Seite, spaltete die FPÖ und versetzte ihr, aller Wahrscheinlichkeit nach, den Todesstoß!

Die FPÖ hat ihre Führungsriege verloren, Haubner, Gorbach, Scheibner und Haider erklärten ihren Austritt aus der FPÖ und die gleichzeitige Gründung der BZÖ.

Schwarz-Orange im Parlament?

Scheibner garantiert, dass die Mehrheit der schwarz - orangen Koalition im Parlament gesichert sei. Der Sesselkleber der Nation - Kanzler Schüssel - hat sich bis zu Neuwahlen eher unpräzise geäußert, aber er wäre damit gut beraten. Gewinnen kann er nichts mehr, das blau-orange Dilemma wurde auch von ihm mitverschuldet und scheint sein Schicksal zu sein.

Alles andere als Neuwahlen wäre ein Schlag in Gesicht der WählerInnen. Die BZÖ hat von der Bevölkerung keinen Auftrag bekommen und die Macht geht noch immer vom Volke aus. (Sie wird übrigens seit diesem Ausgang als vermisst gemeldet).

Der armselige Rest der FPÖ und auch die Neo-Orangen müssen erkennen, dass die Politik die gemacht wurde und wird von der Bevölkerung nicht mehr mitgetragen wird. Die Menschen ha-

ben großteils erkannt, dass diese Politik - im Gegensatz zum Wahlprogramm – voll zu Lasten von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Schwachen geht.

Da wird es auch für einen Jörg Haider sehr, sehr schwierig werden wieder eine gewisse Glaubwürdigkeit zu erlangen, da reicht das für Haider übliche Bierzelt- und Gemeindebaugeschlechte nicht mehr aus und die Zugkraft von damals kann er heute auch nicht mehr aufweisen, denn der unverbrauchte, jugendlich - telegene Strahlemann von einst existiert nicht mehr.

Diese Rolle wird von dem doch noch pubertären H.C. Strache besetzt.

Die Gefahr des Rechtsextremismus ist aber jetzt brisanter denn je. Die Linie der Rest - FPÖ (sofern es sie noch weiter geben wird) ist klar, Straches ausländerfeindliche Plakate zieren schon jetzt sämtliche Plakatwände in Wien.



Wie aber wird sich die BZÖ verhalten?

Diese Frage ist leicht zu beantworten: das Naheverhältnis zwischen Jörg Haider und Frank Stronach zeigt deutlich, wem der aus-

tro-kanadische Mächtigen-Napoleon in Zukunft Gunst und Geld zukommen lassen wird. Das BZÖ wird also im Prinzip das fortsetzen, was seinerzeit Heide Schmidt schon mit dem Liberalen Forum vorhatte: eine neoliberalen, brutalkapitalistische Ausbeuterpolitik nach amerikanischem Muster.

Natürlich unter dem sattem bekannten Motto: „Die Tüchtigen und Anständigen sollen belohnt werden“.

Dazu kommt noch ein bisserl Schrebergartenpatriotismus der Marke „Staberl“ und recht viel Heimatgesülze.

Aber auch das ist ja nix Neues.

Doris Grössinger



GdG-Mastercard mit VORSORGE SOS-Paket

Sie können Ihre Mitgliedskarte der GdG jetzt mit vielen Vorteilen ganz leicht in eine Mastercard mit SOS-Paket umwandeln. So haben Sie immer und überall das nötige Kleingeld dabei und zusätzlich einen hervorragenden Gesundheitsschutz auf Reisen, weltweit.

Die Auslandsreise-Krankenversicherung der **GdG-Mastercard mit VORSORGE SOS-Paket** bietet Ihnen weltweit unbegrenzten Krankenversicherungsschutz für die ersten sechs Wochen einer Auslandsreise, beliebig oft pro Jahr. Der Versicherungsschutz ist nicht an Zahlungen mit der Karte gebunden.

Sie genießen die Vorteile der **GdG-Mastercard mit VORSORGE SOS-Paket** zum GdG-Vorteilspreis und zum Einstieg ein Jahr lang gratis!

Ideal für Familien und SeniorInnen!

Mit dem **VORSORGE SOS-Paket** kann Ihnen im Ausland nichts mehr passieren. Sie sind für gesundheitliche Zwischenfälle bestens gerüstet. Im Ernstfall holt der SOS-Rückholddienst Sie und Ihre Familie nach Österreich zurück.



Gesundheitsschutz auf Reisen

Das VORSORGE SOS-Paket beinhaltet die Kostenübernahme für:

- Ambulante und stationäre Behandlungen im Ausland
- Krankentransport und Rücktransport aus dem Ausland
- Überführungskosten bei Tod
- Bergungskosten im In- und Ausland nach Unfällen bis EUR 4.000.-
- Hubschrauberbergung bis EUR 10.000.-
- Heimtransport innerhalb Österreichs nach Unfällen mit Sanitätsfahrzeugen bis EUR 1.500.-
- Krankenbesuch naher Angehöriger im Ausland bis EUR 2.000.-, wenn der Spitalsaufenthalt länger als eine Woche dauert.
- Medikamententransport
- Wiederbeschaffung von Reisedokumenten bis EUR 200.-

Und zusätzlich im Familienpaket:

- Rückreise von mitversicherten Familienangehörigen
- Begleitkosten für Kinder bis zum 12. Lebensjahr in ein ausländisches Krankenhaus bis EUR 100.- pro Tag.
- Kinderrückholung bei Alleinreise

Die Leistungen werden ohne Selbstbehalte und unabhängig von Vorerkrankungen oder chronischer Leiden erbracht. Der Versicherungsschutz gilt mit dem Erhalt der Karte. Dieses umfassende VORSORGE SOS-Paket erhalten Sie nur im Rahmen der GdG-Mastercard und Ihrer GdG-Mitgliedschaft. Anmeldeformular zum Downloaden unter: www.gdg.at



SOS - DETAILLEISTUNG IM VERGLEICH ZU gängigen SOS Kreditkartenleistungen	GdG-Karte	Gängige Kreditkarten	SOS
• Stationäre Behandlung im Ausland zu 100%	X	X	X SBH 10%
• Ambulante Behandlungen im Ausland zu 100%	X	nur Ersten	X SBH 10%
• Krankentransport im Ausland zu 100%	X		X SBH 10%
• Rücktransport aus dem Ausland zu 100%	X	X	X
• Rückreise von mitreisenden Familienangehörigen	X	X	X
• Heimtransport innerhalb Österreichs mit Sanitätsfahrzeugen zu 100% (bis 1.500 €)	X		X SBH 10%
• Kinderrückholung bei Alleinreise (100% im Familienpaket)	X		X
• Krankenbesuch im Ausland (ab einem Spitalsaufenthalt im Ausland von länger als 7 Tagen, können Angehörige einmalig den Erkrankten besuchen; Kostenübernahme bis 2.000 €)	X		
• Medikamententransport (Nachsendung 100%)	X	X	
• Begleitkosten für Kinder bis zum 12. Lbj. (in ein ausländisches Krankenhaus 100 € pro Tag)	X		
• Überführungskosten bei Tod	X	X	X
• Bergungskosten im In- und Ausland nach Unfällen bis 4.000 € (Hubschrauberrettung bis 10.000 €)	X		X bei UV SBH 10%
<u>Zusatzleistungen:</u>	X		
- Wiederbeschaffung von Reisedokumenten bis 200 €			



Vergleich zu Kreditkarten und SOS

vorsorge

www.vorsorge-gdg.at



GdG Mastercard inkl. SOS

Geltungsbereich: Weltweit, 6 Wochen pro Reise beliebig oft im Jahr
Voraussetzung: - GdG-Mitglied
 - in Verbindung mit Kreditkartenfunktion

Wesentliche Vorteile: (im Vergleich zu anderen Kreditkarten)

1. Abschluss trotz vorvertraglicher Leiden oder chronische Erkrankungen möglich
2. Abschlussalter nach oben offen (keine Altersgrenze)
3. Versicherungsschutz auch ohne Zahlung mit der Karte
4. Keine Selbstbehalte
5. Versicherungsschutz sofort nach Ausstellung der GdG-Mastercard

Versicherte Personen

- Einzelversicherung (nur der Versicherungsnehmer)
- Familienversicherung

Karteninhaber, dessen Lebenspartner (Ehepartner/In, Lebensgefährte/In, Kinder im gemeinsamen Haushalt lebend bis zum vollendeten 19. Lbj (bei Ausbildung bis zum vollendeten 26 Lbj (Kinder: auch Stief-, Adoptiv- und Enkelkinder im gem. Haushalt)

Geltungsbereich, wesentliche Vorteile

vorsorge

www.vorsorge-gdg.at

Leserbrief

Was ich an einen Samstagabend auf der Linie 60, Fahrtrichtung Hietzing beobachtet habe.

Eine weibliche, offensichtlich geistig verwirrte Person steigt bei der Haltestelle Hermesstrasse ein. Sie setzt sich neben eine junge Frau, die gerade mit dem Handy telefonierte. Die verwirrte Person spricht die junge Frau mit undeutlicher Sprache an, schimpft diese und reißt ihr das Handy aus der Hand oder versuchte es zumindest. Die junge Frau läuft auf einmal schreiend und gestikulierend zum Fahrer und fordert diesen in arroganter Art auf, gegen diese Person einzuschreiten.

Der Fahrer bemüht sich die junge hysterische Frau (ca. 20 Jahre) zu beruhigen und ist sehr höflich ihr gegenüber, doch diese schreit herum und beharrt darauf, dass es seine Pflicht sei einzugreifen und gegen diese verwirrte weibliche Person, die mittlerweile bei der nächsten Haltestelle ausgestiegen war, etwas zu unternehmen.

Ich beobachtete das diese junge Frau, auch während sie sich beim Fahrer präpotent beschwerte, immer noch telefonierte. Ich kann mir gut vorstellen, dass der Fahrer nicht wirklich verstand was da geschehen war? Es war Hysterie pur!

Wie sollte der Fahrer wissen, wem diese junge Frau das eben Passierte schilderte? Ihm? Oder der Person am Telefon? Der Fahrer forderte die junge Frau auf das Handygespräch zu beenden, damit er endlich erfahren konnte was tatsächlich geschehen ist und um was es überhaupt geht!

Während sie noch immer telefonierte, forderte sie in ihrer Arroganz den Fahrer auf, die Polizei zu verständigen, der Fahrer kam ihren Wunsch sofort nach, nachdem er in Hietzing angekommen war.

Die freche junge Handybesitzerin dürfte die Tochter eines Kollegen des Fahrers gewesen sein, denn sie verlangte sofort die Dienstnummer vom Fahrer mit den Worten: „Das werde ich meinen Vater mitteilen, der arbeitet auch auf der selben Dienststelle.“? Muss sich ein Bediensteter so etwas von einer unreifen arroganten Göre gefallen lassen? Er sitzt vorne und konzentriert sich auf die Verkehrslage, der hat doch gar nicht mitbekommen was sich da im Wageninneren abspielte. Die junge Person schrie nur hysterisch herum und telefonierte ständig, der Fahrer wusste ja nicht einmal um was es geht? Nun, wie es aussieht, ist das Fahrpersonal der Wr. Linien der Fußballstreifer aller übelgelaunten Fahrgäste? Vielleicht kommt es dann noch zu einer Art „Kannibalismus“ unter Kollegen?

Mit freundlichen Grüßen

Ein Beobachter

Anm. d. Red.: die Meinung des Verfassers muss nicht unbedingt mit unserer übereinstimmen.

KHG – Wird Steuerhinterziehung salonfähig?!

Wie geht es einem Finanzminister, der sich von der Wirtschaft subventionieren lässt?

Anscheinend hervorragend, denn sein Statement dazu war: „Die Gerechtigkeit hat gesiegt“!

Karl Heinz Grasser feierte vor kurzem die Einstellung seines Finanzstrafverfahrens und mit ihm feierte sicher auch Wolfgang Schüssel, der sich eisern und verbissen hinter seinem Finanzminister stellte. Jetzt stellt man sich natürlich ganz still die Frage, ob die Einstellung des Verfahrens etwas mit unserem schwarzen Justizministerium zu tun hatte? Interessant wäre es zu wissen, wie die Justiz mit Otto Normalverbraucher in so einem Fall verfahren würde? Nichts, was sich Grasser bisher leistete, konnte Schüssel aus der Reserve locken, egal ob es sich um den nicht gemeldeten Aktienbesitz, den Malediven“Urlaub“, die Homepageaffäre, sein respektloses Auftreten in der Öffentlichkeit usw. ...handelt.

Ein Rücktritt Grassers ist mehr als überfällig! Anscheinend ist für unsere Politiker das ganze Jahr Fasching, denn sie machen was sie wollen und haben absolute Narrenfreiheit. Schüssel wird sich hüten auch nur ein lautes Wort zu sagen, denn die Nationalratswahlen stehen vor der Tür und verbissen wird er seinen Stuhl bis zuletzt verteidigen. Die Wahlzuckerln werden auch schon fleißig (um)verteilt, in seiner 6. Budgetrede kündigte Grasser kein neues Sparpaket für 2008 mehr an und gleichzeitig eine neue Steuerreform (Senkung der Lohnnebenkosten, weniger Belastung für die kleinen und mittleren Einkommen) an.

Wahrscheinlich hält der gute Karl Heinz alle für blöd, denn von hinten herum greift er uns immer wieder in die Tasche. Energiekosten und Mieten wurden erhöht, Tabaksteuer, Road Pricing, Vignette, motorbez. Versicherungssteuer usw.....

Tatsache ist, dass wir, seit wir am 4. 2. 2000 erstmalig und ungewollt mit einer schwarz-blauen Regierung beglückt wurden, jeden Cent 10mal umdrehen müssen. Durch diesen Kaufkraftverlust der Bevölkerung leidet natürlich die Wirtschaft, Arbeitsplätze werden abgebaut und ganze Konzerne in den Osten verlagert, es gibt keine neuen Jobs und somit steigt die Arbeitslosigkeit.

Die Menschen haben Angst vor der Zukunft, Angst davor wie die eigene Situation in wenigen Jahren ist, Angst davor krank zu werden und sich keinen Arzt leisten können, Angst den Kindern keine spezielle Bildung mehr zukommen lassen zu können, usw...

Ich glaube aber nicht, dass sich auf Perspektive etwas ändern wird, den angesichts einer ohnmächtigen FP/BZÖ und einer schwachen SPÖ kann der Kanzler auf eine dritte Periode am Ballhausplatz hoffen, leider!

Doris Grössinger

Achtung

Laufend erhalten wir Beschwerden von Bediensteten, dass sie keine Winker bekommen hätten bzw. diese sofort entwendet wurden und sie dadurch keine Möglichkeit hatten an dem Gewinnspiel teilzunehmen!

Wir verlängern daher den Einsendeschluss auf **25. Juni 2005**



Gewinnspiel der Agentur Meidl

Die Agentur Meidl freut sich unter den Bediensteten der Wiener Linien ein Paar Rennschi der **Marke Atomic GS9 inkl. Bindung**, gestiftet von Stephan Eberharter/ Uniqa (persönlich signiert) zu verlosen.



Die Gewinnfrage lautet:

Welcher mehrfache Österreichische Weltmeister beendete 2004 seine aktive Skikarriere?

A) Stephan Eberharter

B) Hansi Hinterseer

Senden Sie ein SMS mit der richtigen Antwort, unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse an folgende Rufnummer:

0676/ 333 88 44 (SMS Normaltarif je Anbieter)

Einsendeschluss ist der 25. Juni 2005. Die Verlosung findet unter Ausschluss des Rechtsweges statt. Der Gewinner wird persönlich verständigt und in der Betriebszeitung „Der Winker“ Juli 2005 veröffentlicht.

bezahlte Anzeige

GLB - GRILLFEST

mit Live-Music

9. September 2005

ab 15.00 UHR - open end



Wo:

HUGOGASSE 8

**(Straßenbahnstation 71 – Braunhubergasse
oder U3-Station Simmering)**

1110 Wien

**MITZUBRINGEN SIND HUNGER UND GUTE LAUNE –
JEDER IST WILLKOMMEN**

Auf Euer Kommen
freut sich

Euer – Team

Elterleinplatz 6/3, 1170 Wien; Tel.: 407 69 36; www.glb-gemeinde.at



DER ^{Mai/Juni} WINKER

IMPRESSUM:

Herausgeber, Verleger und Hersteller:

Fraktion GLB in der GdG, 1090 Wien, Maria Theresien Str. 11. **Redaktionsbüro:** 1170 Wien, Elterleinplatz 6/2 - Tel.: 407 69 36;

e-mail: glb.gemeinde@aon.at

www.glb-gemeinde.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Fotos: copyright by GLB/GdG